

Gewerkschaft der Polizei

top@ktuell

landesbezirk@gdpbayern.de

eMail-News 35/2003

Besoldungsanpassung 2003/2004 und Öffnungsklausel

Am 6. Mai fand das Beteiligungsgespräch nach § 94 BBG über den Entwurf eines Besoldungsanpassungsgesetzes 2003/2004 sowie den Entwurf einer Stellungnahme der Bundesregierung zur Bundesratsinitiative „Öffnungsklausel“ statt.

Bundesinnenminister Schily verteidigte dabei die jeweils dreimonatige Abkoppelung der Besoldung und Versorgung gegenüber dem Tarifbereich bei jeden der drei Anpassungsschritte. Nach Ansicht des BMI stellen diese zeitlichen Abkoppelungen gegenüber dem Tarifbereich keine Überkompensation dar. Die haushaltswirksamen Entlastungswirkungen im Tarifbereich wurden auf Nachfrage der GdP mit 0,85 v.H. beziffert. Abschlagsauszahlungen werde das Bundeskabinett (wohl am 21. Mai 2003) beschließen, so dass Beamte und Versorgungsempfänger des Bundes ab Juli unter Vorbehalt die neuen Bezüge erhalten.

Wir haben am 9.5.2003 den Bayer. Ministerpräsidenten aufgefordert, mit einer entsprechenden Vorlage sicherzustellen, dass auch die Bayer. Beamtinnen und Beamten eine Abschlagszahlung erhalten.

Zur Öffnungsklausel betonte Schily, dass der Bund sich dem Wunsch der Länder nicht verschließen konnte, einer Öffnungsklausel für das Weihnachtsgeld und das Urlaubsgeld zuzustimmen. Die Finanzen der Kommunen und Länder hätten soviel finanzielle Schlagseite, dass das Problem von der Kostenseite (Personalausgaben) her angegangen werden müsse. Um nicht von den Ländern später abhängig zu sein, wolle der Bund sich mit dem vorliegenden Gesetzesantrag des Bundesrates bereits eine Option einräumen lassen. Das BMI - so wurde versichert - habe keinen konkreten Gesetzesentwurf über gekürztes Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld in der Schublade.